

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Beigabe: Durch unsere Redaktion kostet eine Seite monatlich 6,00 Mark. Bei der Geschäftsschule abgezahlt monatlich 1,40 Mark. Bei dem Post bezieht wöchentlich 1,00 Mark, monatlich 5,00 Mark. Entfernt täglich in den Nachmittagen Kunden mit Ausnahme von Sammeln und Schätzungen. Unsere Zeitungsausstriche und Ausgaben, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bezahlungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Abonnementpreise bestehen über deren Raum für Anzeigen aus 50 Pf., außerordentliche Anzeigen 90 Pf., Reklamematerial 2.— Mark. Bei größeren Abfertigungen entsprechender Aufgabe Anzeigennahmen bis jenseitens 90 Pf. übernommen. Für Jalousie im Tag kann Gewicht nicht gewichtet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Kurzschriften erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 197.

Mittwoch, den 24. August 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Nach einer Meldung des B. T. sollen in der nächsten Zeit etwa 88 zurückgehaltene Gefangene aus Uvignon in die Heimat entlassen werden.

Wie die Agence Havas aus Madrid meldet, hat Botschafter Quinones de Leon das Angebot des Grafen Ishik, das Amt eines Berichterstatters in der oberschlesischen Frage zu übernehmen, abgelehnt.

Man glaubt in Paris, daß der belgische Delegierte Huysmans zum Berichterstatter über die oberschlesische Frage ernannt werden wird.

Der Eisenbahnerstreit in Pomerellen und Polen dehnt sich weiter aus. Der gesamte Eisenbahnverkehr ruht.

Gefreidepreise und Ernteaussichten

Ms. Der Umbau der Getreidewirtschaft hat als unliebsame Folge zunächst ein starkes Ansteigen der Preise für jenes Brotgetreide, das seit Mitte Juli im freien Verkehr gehandelt werden darf, mit sich gebracht. Der starke Kaufandrang und die dadurch verursachten Preisüberhöhung haben inzwischen aber nachgelassen. Geht man nun den Gründen für das Hinauslaufen der Preise nach, so erkennt man, daß die Größe einer erheblichen Getreide- und Brotpreissteigerung in Zukunft doch nicht so groß ist, wie es zunächst den Anschein hat. Der Hauptgrund für die Steigerung der Preise lag nämlich darin, daß zu Beginn des freien Handels bei den Unternehmungen, die Brotgetreide beziehen, den Getreidehändlern, Müllern und Nährmittelabfranten, keine Vorräte vorhanden waren.

Es ist zu verstehen, daß alle diese Getreide-Interessenten ihr früheres Kundengeschäft, das ja unter der Zwangs-

wirtschaft ganz aufgehoben oder zum wenigsten beträchtlich gestoppt hatte, wieder aufzubauen wollten und anfangen, in starkem Maßstabe Getreide zu kaufen. Da

aber der hierdurch verursachten starken Nachfrage nur eine begrenzte Menge Inlandsgetreide gegenüberstand,

so überzogen zunächst die Preise im freien Verkehr den Umlaufpreis, teilweise sogar den Durchschnittspreis für Brotgetreide auf dem Weltmarkt.

Unter den Käufern für Roggen befanden sich anfangs auch viele landwirtschaftliche Produzenten von Weizen und Gerste, die einen

hohen Anteil an Brot hatten, wenn sie Roggen als Um-

landsgetreide ableiserten, ihre Weizen- und Gerstenbe-

stände aber zu den Preisen des freien Marktes absagten.

Der durch alle diese Umstände emporgetriebene Brot-

getreidepreis ließ nun die Forderung nach Freigabe der

Einfuhr ausländischen Brotgetreides immer lauter werden.

Die Reichsregierung hat sich den Vorstellungen aus fachmännischen Kreisen nicht ver-

schlossen und angeordnet, daß vom 18. August d. J. an ausländisches Brotgetreide eingeführt werden kann.

Die Mahnung wird bewirken, daß der Vorrat an

Brotgetreide bedeutend zunimmt und daß andererseits

der Preis für inländisches Getreide von der Preisgestaltung im Ausland stark beeinflußt werden wird. Im

übrigen hat der Inlandsspreis ohnehin in letzter Zeit

eine bemerkenswerte Senkung erfuhr.

Denn einmal ließ die übertrieben starke Nachfrage nach, weil in der

ersten Zeit des freien Handels genügend Einkäufe ge-

tätigkt waren und dann bereitete auch die Beschaffung

der gewaltigen Summen, die heute zu Getreidegeschäften benötigt werden, den Einkäufern bedeutende Schwie-

rigkeiten. B. B. sucht die Weihenindustrie, die bei

Beginn der freien Wirtschaft sich noch nicht auf die

neuen Verhältnisse eingestellt hat, nunmehr durch Zu-

menschlüssen der schwierigen Situation Herr zu wer-

den.

Die Einfuhrfreiheit für ausländisches Brotgetreide

bringt aber noch einen anderen Vorteil mit sich. Es

macht uns nämlich bis zu einem gewissen Grade von dem

Ausfall der Inlandsernte unabhängig. Nach den

neuesten Meldungen aus den hauptsächlichen landwirt-

schaftlichen Bezirken Deutschlands lädt nun zwar im

allgemeinen die Ernte infolge der Dürre der letzten Wo-

chen etwas zu hoffen, doch ist zu besonderen Beobachtungen kein Unrat gegeben. Der Saatensstands-

bericht für Anfang August ermöglicht eine ziemlich ge-

naue Übersicht über das voraussichtliche Ergebnis der

Ernte. Die in Frage kommenden Biffen lauten fol-

gendermaßen:

	Deutsches Reich.
Winterweizen:	2,5
Sommerweizen:	2,8
Winterroggen:	2,6
Sommerroggen:	2,2

Bisher beobachtet die Biffen: 2... gut, 3... mittel.

Wir haben also im kommenden Versorgungsjahr im großen ganzen mit einer guten Mittelernte zu rechnen. Besonders Westenburg hat nach den bisherigen Ermitteilungen gute Ernteaussichten. Es steht zu hoffen, daß die Dr. L. Hergetts die Zahlen der Reichsstatistik bestätigen oder gar noch übertreffen werden. Dabei ist im Auge zu behalten, daß auch die We-

haftheit der Betriebskrise im allgemeinen nichts zu wünschen übrig lassen soll. Was die Versorgung mit Butter mittlerweile anlangt, so ist die seit langem herrschende Not auf diesem Gebiete Gegenstand eingehender Beratung im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft gewesen. Dabei wurde festgestellt, daß trotz der großen Schädigung durch die Dürre eine Gefährdung der Ernte nicht zu befürchten ist. Nur gewisse Gebiete haben unter der langanhaltenden Dürre stark zu leiden gehabt; andere Gegenden sind nicht so stark in Mitleidenschaft gezogen worden.

Die Verhandlungen über die Beamtenforderungen.

Ein Kompromißangebot der Regierung abgelehnt.

Bei den Verhandlungen im Reichsfinanzministerium über die Forderungen der Beamten und Staatsbediensteten erklärte Reichskanzler Dr. Wirth, der in seiner Eigenschaft als Reichsfinanzminister an den Verhandlungen teilnahm, die Forderungen der einzelnen gewerkschaftlichen Organisationen würden eine Mehrbelastung des Reichstags um 14 Milliarden bedeuten. Außerdem würden die Gehaltswünsche des Deutschen Beamtenbundes 16 bis 18 Milliarden jährlich erfordern. Weder für die eine noch für die andere Forderung sei Bedeutung vorhanden. Reichsverkehrsminister Gröner sprach über die Verhältnisse bei den Reichseisenbahnen und erklärte, infolge der großen Betriebsausgaben werde sich das Defizit für 1921 nicht in so engen Grenzen bewegen, wie man im Staat angenommen habe. Man habe im Reichsverkehrsministerium bereits an eine neue Tarif erhöhung gedacht, die sich wohl kaum vermeiden lassen. Reichspostminister Giesberts erklärte, die Post habe einen ungebedeckten Fehlbetrag von über 2 Milliarden. Es sei eine Erhöhung aller Post-, Fernsprech- und Telegrampausgaben im Verhältnis von 1:10 notwendig. Ein Brief werde künftig eine Mark kosten. Die Besoldungsvorschläge der Regierung, die eine Erhöhung der einzelnen Beuerungsabschläge in den verschiedenen Ortsklassen um 15 Prozent vorsehen, wurden von sämtlichen Vertretern der Beamten und Arbeiter als unzureichend bezeichnet. Man einigte sich schließlich auf einen

Kompromißvorschlag.

welcher Zulagen um 20 Prozent vorsieht. Den in Ortsklasse C eingestuften Beamten soll außerdem ein annehmbares Ausgleich zugesichert werden.

Als Kinderzulagen sollen in Ortsklasse C 200 Prozent, in den Ortsklassen B und E 175 Prozent und in den Ortsklassen D und G 150 Prozent gezahlt werden.

Für die Direktate wurde zugesagt, daß sie in den beiden ersten Jahren 90 Prozent des planmäßigen Beamtenentgelts, im dritten und vierten Jahre 95 Prozent und vom fünften Jahre ab das volle Beamtengehalt erhalten sollen.

Den Arbeitern wurde eine Aufbesserung des Stundenlohnes um 85 Pfennig zugestanden. Die Auszahlung der neuen Gehälter und Löhne soll bereits am 1. September erfolgen, da die Regierung dem Reichstag unverzüglich eine entsprechende Vorlage überreichen wird.

Diese Zusicherungen der Regierung wurden von den Organisationsvertretern jedoch nicht ohne weiteres angenommen, da diese von der Forderung einer Mindestgarantie nicht abgingen. Nach zwölftägiger Verhandlung wurde die Konferenz abgebrochen. Um Nachmittag wurden die gemeinsamen Beratungen wieder aufgenommen. Es kam aber wieder zu keiner Einigung; ja die Lage ist in gewisser Beziehung gespannt. Der Reichskanzler war wiederum erschienen und führte den Vorsitz. Er unterstrich, daß die Regierung sich die Forderungen der Gewerkschaften nicht in allen Punkten zu eigen machen könne, und gab zur Begründung dieser Haltung ausführliche Erklärungen ab. Um einen Bruch der Verhandlungen zu verhindern, sagte der Reichskanzler für Mittwoch zu, daß angeblich der Tragweite der Entscheidung auch die Fraktionsführer des Reichstages zugezogen werden sollen. Die weiteren Beratungen wurden daher auf Mittwoch vertagt. Sie werden sicher noch einige Tage andauern. Am Spätabend des Dienstags fanden Sonderkonferenzen der beteiligten Organisationen statt, in denen man sich mit der unerwarteten Wendung beschäftigte. Man geht mit der Übersicht um, die Beamten und Arbeiter über die Vorschläge der Regierung abstimmen zu lassen und dann von dem Ergebnis dieser Abstimmung die weiteren Schritte abhängig zu machen.

Deutschlands Leistungsfähigkeit.

Das Journal des Debats polemisiert in einem langen Artikel gegen die Ausführungen des bekannten englischen Volkswirtschaftlers Rehnes in den Sunday Times. Das Blatt bemerkt die Erinnerung an seine früheren Irrtümer sollte Herrn Rehnes mehr Bescheidenheit einflößen. Er habe immer die Zahlungsfähigkeit Deutschlands unterschätzt; in der Kohlenfrage habe er sich gleichfalls völlig geirrt. Er

habe vorausgesagt, daß die verlangten Abfertigungen die Industrie Deutschlands ruinieren würden. In Wahrheit hätte man, ohne Deutschland empfindlich zu schädigen, wenn man gewollt hätte, mehr verlangen können. Erneut zeigte Rehnes auch seinen geistigen Deliktsinn durch die Art und Weise, wie er das Budgetproblem behandelt. Jedermann kennt die von der Reichsregierung seit dem Frühjahr eingeschlagene Methode. Das Programm sei einfach. Ohne viele Reden bewilligte man die großen Kredite für alle möglichen Dienste und Subventionen im besonderen in weitestgehender Weise die nationalökonomischen Unternehmungen. Auf einer Seite mache Deutschland sein Finanzensemble geltend, um seine Unfähigkeit zur Wiedergutmachung zu erklären, während zur gleichen Zeit sein offizieller Wohlstand wächst. Seine Hombelsfalle werde wieder aufgebaut. Die Industrie arbeitete ohne Unterbrechung und mit großem Erfolge. Weiter wird gesagt, die von Rehnes unternommene Kampagne sei um so unheilsvollet, als sie dazu angewandt sei, jene Deutschen zu entmutigen, die sich ernstlich bemühten wollten, die angenommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Gegner der Finanzpolitik des Kabinetts Wirth würden nicht versiegen, aus seinen Argumenten Nutzen zu ziehen und die Behauptung aufzustellen, daß Deutschland nicht daran denken könne, sich seiner auswärtigen Schuld zu entledigen. In Wirklichkeit würde der schärfste Geist des Volkswirtschaftlers von jenseits des Kanals besser daran tun, die praktischen Mittel zu studieren, um das unumgänglich notwendige Werk der Wiedergutmachung zu erleichtern. Solche Mittel gäbe es. In ihrer nächsten Begegnung würden die Herren Loucheur und Rathenau sich bemühen, die Verhandlungen über die Dienstverträge in natura zum Abschluß zu bringen. Man werde also praktisch die Zahlungsfähigkeit Deutschlands erhöhen können, die Herren Rehnes beunruhigt. Über diese Abschlagszahlungen hätten für Frankreich nur Interesse in dem Maße, wie sie in einem kurzen Zeitraum von Jahren ausgeführt würden, während der aktiven Periode des Wiederaufbaues der verwüsteten Gegenden. Wie kommt es, fragt das Blatt, daß England diese Verhandlungen anscheinend mit Unbehagen gesehen, oder daß es sogar versucht habe, sie zu verhindern.

Auch Jacques Bainville beschäftigt sich in langen Ausführungen in der liberté mit dem Artikel von Rehnes. Er sagt u. a.: Nehmen wir somit an, daß England im Jahre 1922 seine Ocupationskosten aufdrückt und erstattet erhalten haben wird, und daß Belgien ebenfalls in demselben ist. In diesem Moment, da wir endlich anfangen werden, auch etwas zu erhalten, wird man uns ankündigen, daß Deutschland Bankrott gemacht hat. Deutschland wird allerdings nicht Bankrott machen, um uns nicht zu bezahlen zu brauchen. Der Urheber dieser Prophesie ist Herr John Mahnat Rehnes. Man hätte unrecht, ihn nicht ernst zu nehmen, denn die früheren Prognosen desselben Autors haben sich fast alle verwirklicht, wenn sie nicht sogar überschritten worden sind. Es gibt wenige Volkswirtschaftler, von denen man ähnlich sagen kann. Bainville richtet dann einen Appell an die Garantekommission, die mit der Kontrolle der deutschen Schuld beauftragt worden ist, ja auf der Hut zu sein und ihre Pflichten gegenüber Frankreich nicht zu verfehlen.

Loucheur und Rathenau.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Noch in dieser Woche wird sich der deutsche Wiederaufbauminister Walter Rathenau nach Wiesbaden begeben, um dort mit dem französischen Minister Loucheur die Verhandlungen fortzusetzen, die im Juni in der gleichen Stadt begonnen wurden. Der deutsche Wiederaufbaukommissar Dr. Guggenheim wird bei den Wiesbadener Verhandlungen zugegen sein. Daraus darf man schließen, daß es sich lediglich um die Fortführung der begonnenen Verhandlungen handelt, die sich auf die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete und die Wiederaufnahme der beiderseitigen Handelsbeziehungen erfreten. Die Nachricht von der neuen Ministerzusammenkunft in Wiesbaden hat einen Teil der französischen Presse zu recht unfreundlichen Kommentaren verleitet. Dabei besitzt dieser Teil der französischen Presse die große Taktlosigkeit, sich in innerdeutsche Angelegenheiten einzumischen. Es ist das nationalistische Echo de Paris, das der Meinung Ausdruck gibt Rathenau könne Loucheur nur unangenehme Nachrichten mitbringen. Erstens stünde der Reichstag in seiner Mehrheit den Finanzplänen der deutschen Regierung feindlich gegenüber und zweitens habe der Wirtschaftsminister Schmidt völlig auf keinen Plan einer allgemeinen Hypothek auf alle Sachverhalte verzichtet. Uns fehlen falsche Angaben zieht das Pariser Blatt dann noch falschere Schlüsse. Die Kritik an den Wirtschaftsplänen kommt aus zwei ganz verschiedenen Richtungen. Die eine hält jeden Eingriff in die Substanz der Vermögen für gefährlich, die andere wendet sich gegen die indirekten Steuern und verlangt einen nachdrücklichen Eingriff in die Vermögenssubstanzen. Über das Pariser Blatt verschweigt die wichtige Tatsache, daß seitdem in den Kreisen der Deutschen Volkspartei immer erneut der Willen ausgesprochen wird, daß Ultimatum